

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 406  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 66 846-48 ppbn d



## Inhalt

Staatsminister Klaus von  
Dohnanyi MdB kritisiert  
europapolitische Äußerun-  
gen von Strauß.

Seite 1/2

Horst Haase MdB fordert  
ein energischeres Vor-  
gehen gegen Rechts-  
extremisten.

Seite 3

Rudi Arndt würdigt den  
verstorbenen Heinrich  
Hemsath.

Seite 4

Ministerpräsident Fil-  
binger wird fragwürdige  
Ausgabenpolitik vorge-  
worfen.

Seite 5

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 73

17. April 1978

Strauß, Europa und die Wahrheit

Zu den Äußerungen des CSU-Vorsitzenden vor dem Deutschen  
Bundestag

Von Dr. Klaus von Dohnanyi MdB  
Staatsminister im Auswärtigen Amt

"Wer aber diesem Hohen Hause seit einer Reihe von Jahren angehört, der wird wissen, welche großartigen Beschlüsse die europäische Gipfelkonferenz im Herbst 1969 in Den Haag gefaßt hat. Beinahe hätte man damals im Bundestag ob dieses großen, monumentalen, historischen Ereignisses die Glocken läuten lassen. Was ist herausgekommen? Gar nichts." (Strauß vor dem Deutschen Bundestag am 13. April 1978)

Daß der CSU-Vorsitzende Strauß ein Meister der politischen Verdrehung und Verleumdung ist, war bekannt. Daß er zu diesem Zweck aber nachweisbare Fakten aus der jüngeren Geschichte unverfroren in ihr Gegenteil verkehrt, ist zumindest eine neue Variante. Anders aber sind die Ausführungen, die Strauß in der Bundestagsdebatte vom 13. April 1978 zur Haager Gipfelkonferenz von 1969 machte, nicht zu werten. Bislang herrschte nämlich Übereinstimmung darüber, daß diese Gipfelkonferenz, an der Willy Brandt zum erstenmal als Bundeskanzler teilgenommen hatte, zu den erfolgreichsten in der Geschichte der Europäischen Gemeinschaften zu zählen sei. Auf ihr war es nicht nur gelungen, die europäische Lethargie und Stagnation der mittsechziger Jahre zu über-

winden und einen neuen politischen Anfang zu machen: Ein erheblicher Teil der damaligen Beschlüsse wurde inzwischen auch realisiert. Anders freilich Strauß: Für ihn bleibt die Konferenz erfolglos, weil folgenlos.

Dies bedeutet:

- Für Strauß hat die Erweiterung der EG, auf dem Haager Gipfel beschlossen, nicht stattgefunden. Während die Bundesregierung dabei ist, das inzwischen geschaffene Europa der Neun nun um die drei südeuropäischen Demokratien zu erweitern, steht er bewußtseinsmäßig noch beim Europa der Sechs.
- Die Direktwahlen zum Europäischen Parlament, auf dem Haager Gipfel beschlossen und jüngst in Kopenhagen terminlich festgelegt, werden von ihm offensichtlich nicht als Erfolg europäischer Politik gesehen.
- Die Europäische politische Zusammenarbeit, die ihren Ursprung im Haager Gipfel findet, scheint ihm offenbar so unbedeutend, daß man auch hier nicht von einem Erfolg sprechen kann.
- Das wichtige Recht der Gemeinschaft auf eigene Einnahmen wird von Herrn Strauß schlicht ignoriert.
- Ganz abgesehen schließlich vom europäischen Sozialfonds, der inzwischen mit Milliardenbeträgen Umschuldungsmaßnahmen ermöglicht hat, vom kurz- und mittelfristigen Währungsbeistand, der Italien mit rund 1 1/2 Milliarden Dollar in der Währungskrise der letzten Jahre zur Verfügung gestanden hat, und schließlich auch noch der Europäischen Universität in Florenz, die, ebenfalls auf dem Haager Gipfel beschlossen, einen ersten Schritt hin zu europäischer kultureller Zusammenarbeit darstellt.

Das Resümee liegt nahe: Wer so von Europa redet, hat entweder keine Ahnung oder aber jedes Ausmaß für europapolitische Fragen verloren. Die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen haben in der Vergangenheit in der Unterstützung der Europapolitik der sozialliberalen Koalition Realismus und Tatkraft bewiesen. Herr Strauß kann dies durch Geschichtsklitterung nicht wegdebattieren. (-/17.4.1978/ks/lo)

## Rechtsextremismus nicht verharmlosen

Manchen Staatsanwaltschaften ist energischeres Vorgehen anzuraten

Von Horst Haase MdB

Seit Monaten werden vor den Fürther Gymnasien antisemitische und neonazistische Hetzschriften verteilt, z.B. mit der Überschrift "Zionismus + Bolschewismus = Terrorismus". Die Staatsanwaltschaft hat bisher nicht verlauten lassen, daß sie gegen die Verteiler und Hersteller, die namentlich bekannt sind, strafrechtlich vorgeht. Die Schüler erregten sich, und über 100 Lehrer aus benachbarten Schulen stellten Strafantrag.

In einem Hinterzimmer einer Fürther Gaststätte wurde ausgeknobelt, Rudolf Hess für die Europa-Wahlen als Kandidaten dieser Neonazis aufzustellen. Die Synagoge in Fürth wurde mit Hakenkreuzen beschmiert, jüdische Gräber wurden geschändet, das Rathaus der Marktgemeinde Roßtal bei Fürth mit Hakenkreuzen beschmiert, in Nürnberg wurden antisemitische Flugblätter vor der Internationalen Spielwarenmesse verteilt, und auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände ließen sich einige Unverbesserliche in nachempfundenen SA-Uniformen sehen.

Die Vorfälle häuften sich also. Die Staatsanwaltschaft schwieg. Dies war das Zeichen für die Gründung eines Bürgerkomitees gegen neonazistische und antisemitische Umtriebe. Auf meine bescheidene Einladung an 20 Personen zur Gründung eines solchen Komitees erschienen über 150 Mitbürger, darunter viele junge. Auch sechs oder sieben Kommunisten sollen darunter gewesen sein.

Der FDP-Oberbürgermeister, die beiden Parteien SPD und FDP, die jüdische Kultusgemeinde, die Gewerkschaften, Vertriebene, Funktionsträger in der Evangelischen Kirche machten gemeinsam deutlich, daß ein breites demokratisches Spektrum mit Empörung und Bereitschaft zur Aktivität gegen diese Umtriebe reagiert hat. Vor allem aber ist erfreulich, daß so viele junge Mitbürger sich der Sache annehmen.

Der Oberstaatsanwalt Hans Sachs, der Fernsehstar aus Robert Lembkes Ratespiel, sieht jedoch "im Augenblick unseren freien Staat eher von links als von rechts bedroht", und er erklärt gleichzeitig, daß die Strafverfolgung in diesen oder ähnlichen Fällen durch gesetzliche Formulierungen erschwert oder ganz unmöglich gemacht sei. Der bayerische Innenminister Seidl hat allerdings in der Antwort auf eine schriftliche Anfrage im bayerischen Landtag (Drucksache 7112) formuliert: "Die zur Bekämpfung neonazistischer Bestrebungen zur Verfügung stehenden gesetzlichen Bestimmungen sind nach Auffassung der Staatsregierung ausreichend." Er hat hinzugesetzt: "Sie werden konsequent angewandt." Es stellt sich für jeden zwangsläufig die Frage, ob er damit auch die Staatsanwaltschaft in Nürnberg gemeint haben kann.

Das Aktionskomitee, das auf der Veranstaltung in Fürth gebildet wurde, wird nun die Bürgerschaft mobilisieren, um Geschäftemacher mit Hitlerplatten, -büchern und -spielzeugen anzuprangern. Es wird dafür sorgen, daß die junge Generation, insbesondere in den Schulen, mehr über die jüngste Vergangenheit erfährt und sich die Bürgerschaft in weiten Teilen an der Gegenwehr gegen neonazistische und antisemitische Umtriebe beteiligt, während die Staatsanwaltschaft bisher - jedenfalls hat es den Anschein für den Bürger - in Passivität verharrt.

(-/17.4.1978/ks/10)

Ein nie endender Auftrag  
-----

Zum Tod von Heinrich Hemsath

Von Rudi Arndt

Vorsitzender des SPD-Bezirks Hessen-Süd

Heinrich Hemsath war ein engagierter Sozialpolitiker und ein vorbildlicher Sozialdemokrat. Wenn wir heute in Hessen sagen können: Unser Land ist sozial und frei, dann ist das ganz entscheidend das Verdienst des engagierten Politikers Hemsath. Das Land Hessen wird heute noch geprägt von den Erfolgen seiner herausragenden Sozialpolitik. In seiner Ära, das bestätigen seine Freunde und sogar der politische Gegner, wurden sozialpolitische Akzente gesetzt.

Heinrich Hemsath gehörte zu der Generation, die nach dem ersten Weltkrieg in der Arbeiterbewegung die politische Heimat erkannte. An der Seite der Arbeiterschaft trat er ein für Freiheit und Demokratie. Auch in der Zeit seiner Verfolgung während des Dritten Reichs blieb er seiner politischen Idee unbeirrbar treu.

Nach 1945 kam Heinrich Hemsath von Nordrhein-Westfalen nach Hessen. Er gehörte - wie Georg-August Zinn - in unserem Land zu den Sozialdemokraten der ersten Stunde. Er hatte von 1963 bis 1967 das Amt des Vorsitzenden im Bezirk Hessen-Süd inne. In dieser Zeit schenkte er dem organisatorischen Aufbau des Parteibezirks höchste Aufmerksamkeit.

45 Jahre gehörte Heinrich Hemsath der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an. Das sind 45 Jahre Treue, und mehr als das: Das waren auch Jahre der unermesslichen Arbeit für mehr Menschlichkeit und Gerechtigkeit. Für den Sozialdemokraten Heinrich Hemsath ist Politik für den Menschen ein nie endender Auftrag gewesen.

+ + +

Filbinger zwischen Heino und Gutenberg

-----  
Wie in Stuttgart "Kulturpolitik" betrieben wird

Von Erhard Röder

Pressesprecher der SPD-Landtagsfraktion von Baden-Württemberg

Ministerpräsident Hans Filbinger, der vor kurzem mit seinem Lieblingsinterpreten, Schmilzensänger Heino, im Stuttgarter Staatsministerium Heino-Schallplatten mit "Deutschland, Deutschland über alles" an Schüler verteilte, hat sich auf kulturellem Felde ein neues Kabinettsstück geleistet. Das Objekt ist zweifellos ungleich anderen Werts als die Heino-Schallplatte, doch macht dem Steuerzahler im Ländle zwischen Tauber und Bodensee die Art und Weise Verdraß, wie Filbinger und seine Landesregierung da als Kunstmäzene agierten.

Amateurhaftes Verhalten und eine nicht zu bremsende Publicitysucht der CDU-Landesregierung kamen den baden-württembergischen Steuerzahler teuer zu stehen. 4,4 Millionen DM mußten ausgegeben werden, um die Gutenberg-Bibel in New York zu ersteigern und für die Bibelsammlung der württembergischen Landesbibliothek zu erwerben.

Ungeachtet des zweifellos gegebenen außerordentlichen bibliophilen und historisch-künstlerischen Werts dieses Werks war festzustellen, daß das Land Baden-Württemberg offenbar keinen Fehler versäumte, der den Preis für die Gutenberg-Bibel von vornherein in die Höhe treiben konnte. Dazu gehörten Presseverlautbarungen, durch die Tage vor der Auktion bekannt wurde, daß Baden-Württemberg bis zu fünf Millionen DM gehen würde.

Filbinger wird nun gegenüber Parlament und Öffentlichkeit Rechenschaft ablegen müssen über ein Vorgehen, das dazu führte, daß ein wohl weit überhöhter Preis bezahlt werden mußte. Und dies von einer Landesregierung, die sich sonst gern ob ihrer besonderen Sparsamkeit rühmt, deretwegen in diesen Tagen die Gewerkschaft Erziehung, unterstützt von Schülern und Eltern, auf die Straße gehen muß, um endlich eine ausreichende Lehrerversorgung im Südwesten durchzusetzen, von einer Landesregierung auch, die ihren Beamten - im Gegensatz zu deren Kollegen im ganzen übrigen Bundesgebiet - jahrelang die 40-Stunden-Woche vorenthielt. (-/17.4.1978/ks/lo)